

# Beratung über Erwerb des JVA-Geländes

Naumburger Räte sollen  
Fingerzeig geben.

VON HARALD BOLTZE

NAUMBURG - Soll die Stadt Naumburg einen Teil des Geländes der ehemaligen JVA samt Schwurgerichtsgebäude kaufen? Über diese Frage werden am kommenden Dienstag die Stadträte im Wirtschaftsausschuss der Stadt ab 18.30 Uhr in öffentlicher Sitzung im Rathaus diskutieren.

Angeregt wird dies durch die Stadtverwaltung. Sie erhofft sich durch diese nicht bindende Vorberatung der Stadträte einen Fingerzeig, ob sie die Bemühungen um den Kauf der Immobilie intensivieren soll. Als Diskussionsgrundlage ist den Unterlagen für die Stadträte das 20-seitige Exposé beigelegt, mit dem das Land Sachsen-Anhalt als Eigentümer seit 2013 bisher erfolglos einen Käufer sucht. In der Vorlage der Stadt werden das Mindestgebot für die Gesamtliegenschaft mit 452 000 Euro und die Abbruchkosten mit 1,9 Millionen Euro beziffert. Weiterhin gibt die Stadt an, dass man bereit ist, maximal ein Viertel des Verkehrswertes zu bezahlen. Das Schwurgerichtsgebäude soll dann dauerhaft als städtisches Theater mit maximal 90 Plätzen genutzt werden.

Weitere für die Entscheidungsfindung der Stadträte interessante Punkte findet man in der Vorlage hingegen vergeblich. Etwa: Wie weit sind die Verhandlungen mit dem Land bisher fortgeschritten? Welche Fördermittel für die Abrisskosten der nicht denkmalgeschützten Mauern und Gebäude stehen in Aussicht? Wie soll die Installation des Theaters in das Schwurgerichtsgebäude finanziert werden?

Aus dem Naumburger Rathaus war auf diese Fragen gestern keine Auskunft zu bekommen. Es heißt, Oberbürgermeister Bernward Küper will dazu in der Sitzung des Ausschusses Stellung nehmen. Die Argumentation, dass es besser sei, diese Fragen bereits im Vorfeld der Beratung zu beantworten, damit sich die Räte im Gespräch mit ihren Wählern und Bürgern eine Meinung bilden können, wurde von der Verwaltung nicht geteilt.